Rüstet zum Landsonntag und Großwerbetag am 22. Mai!

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

Anzeigenpreise: die neunmal gespaltene Nonpareillezeile 35 Pf., für Familienanzeigen 20 Pf., Reklamezeile (nicht an den zweispaltigen Teil einer Zeitung) 1.50 RM. Anzeigenannahme: „Das Inserat", Alle Inseratenbüros, Alt. Dresden, Stiftstr. 7, Hof., Tel. 27 853, Postscheck Dresden 205 15, Filialbetrieb Dresden, Güterbahnhofstr. 2, Tel. 17 259. Bezugspreise: frei Haus monatlich 2.20 RM. (im voraus zahlbar), durch die Post 2 RM. (zuzüglich Zustellgebühr). Die Arbeiterstimme erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Zurückzahlung des Bezugspreises. Expedition und Kassierung durch Zeitungsspedition Hilbe Klostick, Dresden-N., Emmerich-Ufer 69.

Tel. 25 521, Postscheckkonto Dresden 30 404. Verantwortlich für Lokales: Otto Gabel, Dresden; Ausland: Karl Preisner, Berlin; übriger Teil: Erich Heilmann, Dresden; für Inseratenteil: Fritz Fischer, Dresden; Druck und Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft, Dresden-Altstadt 1, Güterbahnhofstraße 2. Telephon 17 259. Postscheckkonto Dresden Nr. 15 690

8. Jahrgang | Dresden, Donnerstag den 19. Mai 1932 | Nummer 115

Militärdiktatur in Japan!

Faschistische Minister im neuen „überparteilichen" Kabinett . Kurswechsel zu schärferem Terror gegen Werktätige Japans, Annexion der Mandschurei und Intervention gegen Sowjetrußland

Wie aus Tokio gemeldet wird, wird die Regierungsbildung gemäß den Forderungen des bisherigen Innenministers Suzuki, der mit den „Schwarzen Drachen" unter einer Decke steckt, gebildet. Man versucht unter dem Namen eines „überparteilichen Kabinetts" ein Militär-Kabinett zu bilden. Da auch verfassungsmäßig der Kriegsminister ein Offizier und vom Militärrat aus gewählt sein muß, haben es die Generale auch formell in der Hand, nur einem im genehmen Kabinett einen der Generale als Kriegsminister zu stellen.

Tatsächlich diktiert der Generalrat, der unter Führung des Vizegeneralstabschefs Jinzaburo steht, und es besteht kein Zweifel, daß er seine Forderungen nach Bildung eines Militärkabinetts durchsetzen wird. Dieses Militärkabinett wird einen scharfen Kurs nach innen und außen durchführen. Das bedeutet äußerste Unterdrückung der Arbeiter und Annexion der Mandschurei, Besetzung weiterer Teile Chinas und insbesondere die unaufhaltsame Intervention gegen die Sowjetunion.

Ausnahmslos faschistische Minister

TU meldet in diesem Zusammenhang:

Der japanische Innenminister Suzuki hat den Chef des japanischen Generalstabs empfangen. Er hatte mit ihm eine längere Unterredung über die politische Lage. Falls die Regierungsverhandlungen in der bisherigen Weise verlaufen, dürfte das Kabinett Suzuki aus folgenden Personen bestehen:

Ministerpräsident und Innenminister: **Suzuki**;
Kriegsminister: **Araki**;
Marineminister: **Kato**;
Finanzminister: **Kakehashi**;
Außenminister: **Naga**.

Alle genannten Personen sind Mitglieder der faschistischen Organisation: „Kokohoshia".

Die „Schwarzen Drachen" in Berlin

Die japanische Botschaft in Berlin hat sich dem „Tempo" zu den Ereignissen in Tokio geäußert. Der Botschafter macht in ihren Mitteilungen aus ihrer Sympathie für die faschistische Organisation der „Schwarzen Drachen" kein Hehl. Es heißt da ferner:

„Auch in dem letzten Jahr ist Rußland wieder stärker als Antagonist Japans in der Mandschurei aufgetreten.

Es ist also kein Wunder, wenn gerade die nationalistischen Kreise in Rußland den Hauptgegner sehen.

Diese zynische Kriegssprache des Berliner japanischen Botschafters, der politisch selber zu den „Schwarzen Drachen" gehören dürfte, demonstriert der deutschen Arbeiterschaft kraß den ganzen Ernst der Kriegsgefahr gegen die Sowjetunion.

Dynamit für Japan!

Hamburg, 18 Mai (Eig. Ber.)

Wie mehrere Arbeiterkorrespondenten übereinstimmend melden, setzt die Rickmers-Linie ihre Munitionstransporte nach dem Osten ungehindert fort. In den letzten Tagen wurde der Dampfer „Claus Rickmers" mit Pulver und Sprengstoffen nach Schanghai abgefertigt. Der Dampfer übernahm in Brunsbüttel Tanks, Dynamit und Pulver mit dem Bestimmungsort Schanghai.

Außerdem ging der Dampfer „City of Florence" mit Munition und Chemikalien für japanische Armeen in See. Der Dampfer kam aus London und wurde in Hamburg mit Kriegsmaterial beladen.

Kriegsgefahr — drohend wie noch nie!

Ein ernstes Wort in ernster Stunde!

„. . . Angesichts der Erkenntnis, daß wir uns nicht mehr **vor dem, sondern schon im imperialistischen Krieg befinden,** daß der japanische Imperialismus die Brandfackel des imperialistischen Krieges bereits entzündet hat, daß der Funke auf andere imperialistische Mächte überzuspringen droht, und — was das wichtigste ist — **daß die Imperialisten offen bestrebt sind, den Frieden der Sowjetunion und ihren sozialistischen Aufbau zu stören,** müssen wir Kommunisten unser Banner des proletarischen Internationalismus und der aktiven revolutionären Solidarität **kühner und entschlossener denn je entfalten.**

. . . Niemals seit der Zeit des Bürgerkrieges und des imperialistischen Angriffs auf die Sowjetunion in den Jahren von 1917 bis 1920 ist die Stunde des Angriffskrieges des Imperialismus gegen die Sowjetunion **so nahe gerückt,** wie in diesen vor uns stehenden Wochen und Monaten. Unsere große historische Losung der Verteidigung der Sowjetunion durch die Millionenmassen des Weltproletariats kann schnell und überraschend von einer Agitations- zu einer **Aktionslosung** für die KPD und die mit ihr verbundene revolutionäre Arbeiterschaft werden."

Diese Worte des Genossen Ernst Thälmann auf dem Februarplenum des ZK der KPD sind gerade durch die Ereignisse in den letzten Tagen auf das stärkste unterstrichen und bekräftigt worden. An allen Enden und Ecken der Welt beschleunigen die imperialistischen Kriegstreiber die Vorbereitungen für den **Interventionskrieg gegen die Sowjetunion.** Fieberhaft wird in allen imperialistischen Ländern gerüstet, die Kriegsproduktion gesteigert, eine Provokation nach der anderen gegen die Sowjetunion ausgeheckt und die Antisowjetfront immer **enger** geschlossen.

Eine entscheidende Rolle in diesem konzentrierten Vorgehen der imperialistischen Mächte gegen das Land der proletarischen Diktatur und des sozialistischen Aufbaus spielen die **planmäßig vorbereiteten Attentate** auf führende Staatsmänner und damit im Zusammenhang die **stärkere Beeinflussung und Führung** der Politik wichtiger imperialistischer Länder durch die Generalstäbe und Militärbefehlshaber, sowie durch die extremsten Antisowjet- und Kriegsparteien.

Erinnern wir uns der Ereignisse der letzten Tage und Wochen. Am 5. März wurde in Moskau von dem weißgardistischen Agenten der polnischen und französischen Regierung, Stern, ein Revolverattentat auf den deutschen Botschaftsrat Twardowski verübt, der eigentlich dem Botschafter Dirksen

Reformistischer Verbandsvorsitzender sanktioniert Lohnraub

Der Betriebsrat Braun vom städtischen Tiefbauamt in Dresden und erster Vorsitzender des Steinsetzerverbandes hat in Übereinstimmung zu folgender Erklärung der Direktion gegeben:

„Zur Angleichung an den künftigen Lohn, dessen Festsetzung voraussichtlich erst am 18. Mai erfolgen wird, sind die ab 2. Mai 1932 geleisteten 65 Stunden vorläufig in Mark gekürzt.

Nach erfolgtem Schiedsspruch im Baugewerbe wird der sich ergebende Lohnausgleich erfolgen."

Dieser ungeheuerliche Anschlag auf die Löhne der Steinsetzer konnte nur mit Zustimmung des reformistischen Betriebsrats durchgeführt werden. Als Helfershelfer der Unternehmer sind diese Leute zu jeder Schandtat fähig. Braun hat seine Zustimmung vollkommen eigenmächtig gegeben, ohne die Kollegen davon zu unterrichten.

Die Empörung darüber ist groß, da dieser Lohnabzug nur mit Zustimmung der in Frage kommenden Kollegen wirksam wird.

Verschärfter Kampf gegen Lohnraub, Unternehmertum und Reformisten ist nach wie vor die Parole aller Bauarbeiter.

Geschlossene Streikfront in Berlin

Berlin, 19. Mai 1932. (Eig. Drahtb.)

Von den Berliner Bauarbeitern stehen die Steinarbeiter, die Erdarbeiter und die Leitergerüstbauer geschlossen im Streik. Die Steinarbeiter waren bereits am vorigen Sonnabend in den Streik getreten. Am 17. Mai hatten die Leitergerüstbauer in einer gutbesuchten Versammlung, in der die Kollegen von 23 Firmen anwesend waren, den Streikbeschluß gefaßt, der gestern morgen fast restlos in die Tat umgesetzt wurde.

Sind Dresdens Bauarbeiter zufrieden?!

Auf den Dresdner Baustellen herrsche gegenwärtig noch die Stimmung der Bauarbeiter, die wohl resignierend von dem unerhörten Lohnraub Kenntnis genommen, aber bis zur Stunde noch keinerlei Kampfmaßnahmen gezeitigt haben. Diese Bauarbeiter müssen erkennen, daß ihre, von den Gewerkschaftsbonzen organisierte Passivität die Bauherren zu weiteren Lohnraub ermutigen wird. Nehmt deshalb unverzüglich auf allen Baustellen zum Lohnraub Stellung, wählt Kampfausschüsse und organisiert unter Führung der RGO den Streik.

Das Deutschland der Notverordnungen baut den Panzerkreuzer C

49 Millionen für Marine im Reichsetat

674 Millionen für die Reichswehr . Für Militarisierung der Jugend 1,5 Millionen
Für die Werktätigen neue Steuerlasten, Lohn- und Unterstützungsabbau

In dem Entwurf des neuen Reichsetats für 1932/33 sind die Gesamtausgaben für die Reichswehr mit 674,5 Millionen Reichsmark angesetzt. Da die Reichswehr aus ihren Betrieben 17,2 Millionen Einnahmen zu erzielen gedenkt, beträgt der Zuschußbedarf der Reichswehr 657,3 Millionen, das sind 12 950 Reichsmark weniger als im vergangenen Jahre.

Es sind Riesensummen, die angesichts des Massenhungers und der grenzenlosen Not für Zwecke der Kriegsrüstung aus den Steuergroschen des werktätigen Volkes herausgepreßt werden. Die Panzerkreuzerpolitik der SPD trägt ihre Früchte. Was Hermann Müller begann, führt Brüning-Schleicher fort. Der neue Etat enthält die erste Rate von 4,9 Millionen für den Panzerkreuzer C. Außerdem werden für Panzerkreuzer A die Schlußraten verlangt und ebenso große Raten für den Panzerkreuzer B. Für den Panzerkreuzer A werden insgesamt 57, den Panzerkreuzer B 78,6 Millionen Mark aus den Taschen der hungernden Steuerzahler gezogen. Allein für Neubauten der Reichsmarine betragen die Ausgaben im laufenden Jahre 49 Millionen Mark.

12 950 Mark will also der diesjährige Etat „einsparen". Aber selbst das ist nur scheinbar. Ein Blick in den Reichsinnenetat zeigt, daß dort größere Summen zu finden sind, die in den Reichswehretat gehören. So sieht der Reichshaushalt des Reichsinnenministeriums eine Summe von 1 500 000 Mark für Zwecke der „körperlichen und geistigen Ertüchtigung der Jugend", d. h. für die schleichende Militarisierung und Faschisierung der Jugend vor. Weitere 300 000 Mark sind zum „Schutze der Zivilbevölkerung gegen Gefahren aus der Luft" angesetzt. Schließlich kann man zu diesen Summen noch eine Million Mark des Reichsinnenetats rechnen, die für die Teno angesetzt wird.

Die volle Bedeutung des Reichswehretats wird erst dann erkennbar, wenn man gewisse Schritte der deutschen Reichsregierung in Genf und besonders in London in Betracht zieht. Laut Meldungen der gut informierten bürgerlichen Presse sind Bestrebungen im Gange, der deutschen Reichswehr insofern eine „Korrektur" der Versailler Bestimmungen zuzugestehen, als sie das Recht erhalten soll, an Stelle der kostspieligen und für die moderne Kriegsführung weniger wichtigen Kavallerie Tanks und Militärflugzeuge herzustellen.